

Anträge

Inhaltsverzeichnis

R - Regularien

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
R 1	Tagesordnung und Zeitplan Landesvorstand	5

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
L 1	Zukunft für alle sichern, Umbrüche sozial und solidarisch gestalten, Klimaschutz durchsetzen! Landesvorstand	5

S - Anträge mit Satzungsbezug

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
S 4	Satzungsdebatte strukturiert führen Andreas Hein-Foge	25
S 1	Satzungsänderung: Basisgruppen einfügen Mina Rohlfing (Nord-West · Nr. 211), Klaas Anders (Linksjugend · Nr. 551), Sofia Heuser (Nord-West · Nr. 206), Charlotte Schmitz (Links der Weser · Nr. 404), Lennart Härtlein, Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 501)	26
S 2	Anzahl stellvertretende Landessprecher*innen Christoph Spehr (Mitte-Ost · Nr. 362)	27
S 3	Ladungsfrist Landesparteitag verkürzen Kreisvorstand Nord-West, Dariush Hassanpour (Mitte-Ost · Nr. 352)	28

A - Anträge an den Parteitag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
A 1	Stopp und Streichung der Sanktionen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) anschieben Thorsten Schildt (Nord-West · Nr. 212), Britta Littke-Skiera (Nord-West · Nr. 209)	11
A 2	Keine Zwangsmaßnahmen für Erwerbslose Thorsten Schildt (Nord-West · Nr. 212), Britta Littke-Skiera (Nord-West · Nr. 209)	13
A 3	LINKE Gesundheitspolitik sollte sich an den Patient*innen und nicht am Profit orientieren Peter Erlanson, Roman Fabian	15
A 4	Die Waffen nieder! Statt immer mehr Waffen liefern Arbeitsgemeinschaft Frieden und Antimilitarismus Bremen, Anke Maurer (Links der Weser · Nr. 403), Jürgen Willner (Mitte-Ost · Nr. 372), Bettina Fenzel (Links der Weser · Nr. 401), Wilfried Schartenberg (Links der Weser · Nr. 456), Manfred Steglich, Olaf Zimmer (Links der Weser · Nr. 458), Andrea Spangenberg (Links der Weser · Nr. 405), Wolfgang Karl Hellborn, Lucie Horn (Links der Weser · Nr. 402), Irmgard Lücke, Günter Matthiessen (Bremerhaven · Nr. 173), Roman Fabian, Hartmut Malyssek, Karin Scharfenort (Mitte-Ost · Nr. 309), Sebastian Rave (Mitte-Ost · Nr. 357), Sönke Hundt	17
A 5	Zeit zur Wende! Andrea Spangenberg (Links der Weser · Nr. 405), Anke Jungclaus (Links der Weser · Nr. 408), Bettina Fenzel (Links der Weser · Nr. 401), Jürgen Willner (Mitte-Ost · Nr. 372), Manfred Steglich, Wilfried Schartenberg (Links der Weser · Nr. 456), AKL Bremen	20
A 6	Ein Jahr vor der Wahl: Mitglieder mobilisieren und motivierende Strukturen aufbauen! Mara Sterra (Mitte-Ost · Nr. 310), Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 501), Klaas Anders (Linksjugend · Nr. 551), Doris Achelwilm (Nord-West · Nr. 201), Dariush Hassanpour (Mitte-Ost · Nr. 352), Tim Sültenfuß (Mitte-Ost)	23

Antrag R 1: Tagesordnung und Zeitplan

Antragsteller/in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 • **TOP 1**
 - 2 Begrüßung 10:45
 - 3 • **TOP 2**
 - 4 Beschluss über TO und Zeitplan 10:55
 - 5 • **TOP 3**
 - 6 Grußwort 11:00
 - 7 • **TOP 4**
 - 8 Weichenstellung zur Bürgerschaftswahl 2023
 - 9 Einführung und Debatte 11:30
 - 10 Mittagspause 13:15
 - 11 Beschlussfassung Antrag L1 14:00
 - 12 • **TOP 5**
 - 13 Nachwahlen 14.30
 - 14 5.1 ein Mitglied des Landesvorstandes (Wahlgang zur Sicherung der
 - 15 Mindestquotierung)
 - 5.2 ein Mitglied der Landesfinanzrevisionskommission (Wahlgang zur
 - Sicherung der Mindestquotierung)
 - **TOP 6**
 - Anträge an den Landesparteitag 16:30
 - **TOP 7**
 - Schlusswort 18:55
- 16

Begründung

.

Antrag L 1: Zukunft für alle sichern, Umbrüche sozial und solidarisch gestalten, Klimaschutz durchsetzen!

Antragsteller/in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Seit 2019 wird das Bundesland Bremen von einer rot-grün-roten Koalition regiert, der
2 ersten in einem westdeutschen Bundesland. Das war möglich, weil es eine starke
3 Erwartungshaltung in der Stadtgesellschaft verlangte, dieses Bündnis zu riskieren:
4 für sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz, gute Arbeit und eine weltoffene Politik.

5 Dass wir kurze Zeit später mit unseren beiden LINKEN Ressorts Gesundheit und
6 Wirtschaft/Arbeit im Mittelpunkt der Corona-Krise stehen würden, wussten wir damals
7 nicht. Dass sich unmittelbar an die Pandemie mit dem russischen Angriffskrieg auf die
8 Ukraine und seinen mittelbaren Folgen (Fluchtbewegung, Preisanstieg, beschleunigte
9 Energiewende) die nächste Herausforderung anschließen würde, noch viel weniger.

10 Die Landesregierung und insbesondere unsere Ressorts haben die Herausforderung
11 angenommen und sich handlungsfähig erwiesen. Die Koalition hat die Sparpolitik und
12 den Personalabbau der Sanierungsjahre beendet. Sie hat eine lange Reihe positiver
13 Veränderungen durchgesetzt: Höherer Landesmindestlohn, verbilligtes Sozialticket,
14 Einstieg in die Doppelbesetzung an Grundschulen, Härtefallfonds Wasser- und
15 Energiesperren, Antidiskriminierungsstelle, Beschwerdestelle Polizei,
16 Entkriminalisierung Cannabis-Eigenbedarf, Senkung der Bäderpreise, Entzerrung und
17 Sanierung der Landeserstaufnahmeeinrichtung, Förderung von Baugenossenschaften,
18 Einstieg in Housing First, Drittelparität an Schulen, Reform der Krankenhausförderung
19 (Einzelfallförderung), Drogenkonsumraum, Wiedereinstieg in die außerbetriebliche
20 Ausbildung, Aufwertung von Kultur- und Veranstaltungswirtschaft, Abkehr vom
21 Flächenfraß, Einstieg in den klimaneutralen Umbau vor allem der Stahlindustrie,
22 Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, Aufbau neuer Strukturen
23 gegen häusliche Gewalt, Ausweitung der Beratungsangebote für Trans* und Inter-
24 Personen, Schaffung einer Stelle für die queersensible Schulaufklärung.

25 Trotz Konflikten im Einzelnen demonstriert die Koalition, dass soziale
26 Verbesserungen, zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik und Klimaschutz keine
27 unüberbrückbaren Gegensätze sind, sondern sich schlüssig verbinden lassen. Mit dem
28 Bremen Fonds hat sie die richtige Antwort auf die Pandemie gegeben, die
29 gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen bekämpft und auf Zukunftsinvestitionen
30 gesetzt.

31 Die strukturellen Probleme des Bundeslandes haben sich jedoch nicht verändert. Hohe
32 Armutsquote, hohe Arbeitslosigkeit, schwache Bildungsergebnisse, niedrige
33 Investitions- und Innovationsquote, starke Benachteiligung von Frauen und
34 Migrant:innen auf dem Arbeitsmarkt, großer Niedriglohnsektor, karbonintensive
35 Industrieproduktion, angespannter Wohnungsmarkt und hohe Mietbelastung, große
36 sozialräumliche Spaltung, starke Reproduktion von Klassen- und Herkunftslagen in
37 Bildung und Arbeitsmarkt: Bei den bekannten Schlusslichtpositionen des Bundeslandes
38 ist noch wenig erreicht. Mit dem Bericht der Enquete-Kommission Klimaschutz liegt
39 eine „Roadmap“ vor, die erst noch umgesetzt werden muss.

40 Das nötige Tempo, die nötige Entschlossenheit und vor allem der nötige soziale
41 Ausgleich in den anstehenden Veränderungen: All das wird mit Jamaika oder einer
42 Großen Koalition nicht gehen, und nur mit einer starken LINKEN. Wir setzen uns daher
43 bei der Bürgerschaftswahl 2023 für eine Fortsetzung des rot-grün-roten

44 Regierungsbündnisses ein und dafür, dass die LINKE darin noch stärker wird.
45 Dafür haben wir landespolitisch gute Voraussetzungen. Der LINKEN wird große Kompetenz
46 auf den Feldern der Sozialpolitik, der Gesundheitspolitik und der Wirtschafts- und
47 Arbeitsmarktpolitik zugeschrieben. Wir sind der politische Ansprechpartner, wenn es
48 um soziale Verbesserungen, eine aktive Rolle des Staates in der Klimawende,
49 zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik geht, um eine solidarische Migrationspolitik
50 und um das Eintreten für Diversität und gleiche Rechte. Dass linke Politik weder
51 unrealistisch noch bevormundend ist, stellen unsere Senatorinnen, unsere Fraktion und
52 unser Landesverband täglich unter Beweis.

53 Wir wissen, dass es uns nicht gelingen wird, bei der Bürgerschaftswahl stärker zu
54 werden, wenn die LINKE auf Bundesebene ihre Probleme nicht löst. Daher müssen wir,
55 trotz unserer begrenzten Möglichkeiten als kleinster Landesverband, auch dieser
56 Aufgabe mehr Kraft widmen. Darüber hinaus brauchen wir einen strategisch
57 aufgestellten Wahlkampf mit zeitgemäßer Kampagnenarbeit, der einheitlich von den
58 Mitgliedern des Landesverbandes getragen wird.

59 Linke Politik ist gut für Bremen und Bremerhaven, und gut für jede und jeden
60 Einzelnen. Wir setzen uns dafür ein, Zukunft für alle zu sichern und Perspektiven zu
61 ermöglichen. Wir stehen für eine zukunftsorientierte Politik, in der niemand unter
62 die Räder kommt – weil wir für soziale Sicherheit in der Veränderung eintreten, und
63 weil wir das Schicksal der Menschen nicht von Markt und Preis abhängig machen. Wir
64 arbeiten für eine Gesellschaft, in der allen Türen offenstehen: Für eine offene
65 Gesellschaft, in der die individuellen Startbedingungen nicht definieren, wie der
66 Rest des Lebens verläuft. In der man unabhängig von Herkunft, Zugehörigkeit,
67 Lebensentwurf und Startvoraussetzungen alles werden und alles machen kann. In der die
68 öffentliche Infrastruktur allen frei zur Verfügung steht und wo Arbeit mit Leben
69 vereinbar ist, für alle. In der die strukturellen Benachteiligungen nach Klasse,
70 Herkunft und Geschlecht überwunden werden können – auf dem Arbeitsmarkt, in der
71 Bildung, in der Freiheit von Lebensentwürfen. Wir geben uns nicht mit Modellprojekten
72 und guten Absichten zufrieden.

73 **Wir wollen Bremen und Bremerhaven gestalten: nachhaltig und für alle**

74 Die Arbeit an den Reformprojekten, die wir in den kommenden Jahren durchsetzen
75 wollen, beginnt jetzt. Im Mittelpunkt stehen für uns die folgenden Vorhaben:
76 Finanzielle Handlungsfähigkeit sichern. Die erforderlichen öffentlichen Investitionen
77 in die Klimawende sind nicht aus dem regulären Haushalt zu finanzieren. Wir wollen
78 dafür so schnell wie möglich die Ausnahme von der Schuldenbremse erklären. Dazu
79 gehören für uns untrennbar die begleitenden Maßnahmen, die dafür sorgen, dass die
80 Klimawende nicht auf Kosten der Menschen, der sozialen Gerechtigkeit und der
81 persönlichen Perspektiven geht. Wir treten dafür ein, das Schuldenverbot für die
82 Kommunen aus der Landesverfassung zu streichen, damit ein echtes Aufholen in Bildung
83 und Soziales finanziert werden kann – mit Rückzahlungsplänen, so wie das auch beim
84 Bremen Fonds der Fall ist. Wir wollen, dass von Bremen aus verstärkte Initiativen für
85 die Wiedereinsetzung der Vermögensteuer ergriffen werden - angesichts der
86 Verteilungsdynamik ist dieser Schritt überfällig und käme den Ländern zugute. Auch

87 die Einführung einer Übergewinnsteuer auf krisenbedingte Profite ist ein Gebot dieser
88 Zeit, das von Bremen aus stark gemacht werden muss. Für zentrale Aufgaben der
89 Energie- und Verkehrswende wollen wir über die Rekommunalisierung hinaus neue
90 öffentliche Gesellschaften schaffen.

91 In der Arbeitsmarktpolitik wollen wir neue Instrumente entwickeln, damit Menschen
92 sich berufsbegleitend und abschlussorientiert weiterqualifizieren können – im Rahmen
93 ihrer Arbeitszeit und mit vollem Lohnausgleich. So wollen wir auch den
94 Fachkräftemangel in Bereichen wie Pflege, Bildung und Betreuung überwinden, der
95 maßgeblich zu den oft unattraktiven Arbeitsbedingungen beiträgt. Die Betreuungslücke
96 im kritischen Bereich zwischen 16 und 18 Uhr muss endlich geschlossen werden. Wir
97 wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Tarifbindung zu stärken und den Gender
98 Pay Gap zu verringern, auch in den öffentlichen Gesellschaften.

99 Der ticketfreie ÖPNV ist für uns ein zentraler Baustein einer neuen öffentlichen
100 Infrastruktur. Dabei geht es uns nicht nur um die CO2-Reduktion, sondern ebenso um
101 den Gewinn an persönlicher Freiheit in der Mobilität. Der ticketfreie ÖPNV ist
102 realistisch und finanzierbar (z.B. über die Grundsteuererhöhung). Der Ausbau des
103 ÖPNV-Angebots und die Stärkung des Umweltverbands sind für uns notwendige, aber keine
104 vorgeschalteten Bestandteile – wir wollen nicht auf irgendwann warten.

105 Für bezahlbares Wohnen setzen wir vor allem auf die kommunalen Gesellschaften. Wie in
106 Berlin wollen wir, dass ihnen im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen Flächen
107 kostenfrei überlassen werden, um im Gegenzug zu 100% bezahlbaren Wohnraum zu bauen.
108 Wie in vielen anderen Kommunen soll es zum Grundprinzip werden, dass Brach- und
109 Entwicklungsflächen nicht an Private, sondern an die Stadt verkauft werden – und dass
110 sonst kein neues Baurecht geschaffen wird. Als erster Schritt sollen städtebauliche
111 Verträge die Abtretung von Teilflächen an die Stadt enthalten, um die Vergabe an
112 sozial orientierte Bestandhalter sicherzustellen, für dauerhaft bezahlbares Wohnen
113 ebenso wie für bezahlbare Flächen für die „produktive Stadt“. Wir wollen die neuen
114 bundesgesetzlichen Möglichkeiten nutzen, um Vorkaufsrechte zu stärken,
115 Rahmenbebauungspläne aufzustellen und Vorrangflächen festzulegen, auf denen
116 ausschließlich geförderter Wohnungsbau stattfindet.

117 Es ist für uns unabdingbar, dass das Land die Krankenhausinvestitionen im notwendigen
118 Umfang finanziert. Dafür müssen die temporär erhöhten Fördermittel im Haushalt
119 verstetigt und der Anteil der Einzelförderung gesteigert werden. Der eingeleitete
120 Aufbau von Gesundheitszentren und Hebammenzentren in den Stadtteilen soll fortgesetzt
121 und ausgeweitet werden.

122 In der kommenden Legislaturperiode wird vorentschieden, wie es nach dem Auslaufen des
123 Schulkonsenses 2028 weitergeht. Wir wollen den Stillstand des Schulkonsenses beenden,
124 zugunsten eines zeitgemäßen Modells einer Neuen Gesamtschule und einer konsequenten
125 Verteilung der Ressourcen nach Sozialindikatoren.

126 Wir begrüßen die Entschlossenheit bei der Integration von ukrainischen Geflüchteten
127 nachdrücklich. Durch den Abbau von Bürokratie werden Zugänge zu eigenem Wohnraum, dem
128 Arbeitsmarkt, dem Bildungssystem und der Gesundheitsversorgung möglichst

129 unkompliziert gewährleistet. Das zeigt für uns wie eine gute Ankommenspolitik
130 aussehen muss. Egal woher Menschen kommen, wir müssen als Bundesland unser Bestes
131 tun, Bremen zu einem sicheren und guten Ort zum Ankommen zu machen. Wir brauchen
132 dezentralisierte Aufnahmeeinrichtungen, Programme für die Bereitstellung von eigenem
133 Wohnraum, Sprachkurse ab der Ankunft in Bremen, Arbeitsmarktprogramme zur Anerkennung

134 ausländischer Abschlüsse für alle Geflüchtete und die volle Ausschöpfung von
135 rechtlichen Spielräumen für die Erteilung von Duldungen und Aufenthaltstiteln. Wir
136 wollen Bremen und Bremerhaven zu solidarischen Städten machen.

137 Bremen und Bremerhaven sollen Sorgende Städte werden. Eine sorgende Stadt ist ein
138 Ort, an dem gute Sorgestrukturen im Zentrum des politischen Handelns stehen, in dem
139 Carearbeit zwischen den Geschlechtern besser verteilt wird und in dem öffentliche und
140 demokratisch organisierte Angebote zur Verfügung stehen. Vergesellschaftung und
141 Rekommunalisierung sind dabei existenziell.

142 **Unser personelles Angebot zur Bürgerschaftswahl 2023**

143 Kristina Vogt und Claudia Bernhard sind als Senatorinnen die bekanntesten Gesichter
144 der LINKEN in Bremen. Sie haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren bewiesen, dass
145 linke Ideen und Konzepte in Regierungshandeln umgesetzt werden können. Gerade in der
146 Pandemiebekämpfung haben die linken Ressorts gezeigt, dass linke Gesundheitspolitik,
147 aber auch linke Arbeits- und Wirtschaftspolitik immer von der Perspektive derjenigen
148 aus denkt, die sonst vergessen werden. Das erfolgreiche Impfmanagement, aber auch
149 spezifische Arbeitsmarkt-Förderprogramme z.B. für Migrant*innen und alleinerziehende
150 Mütter stehen exemplarisch dafür. Wir freuen uns, dass diese Erfolge auch in Bremen
151 und Bremerhaven wahrgenommen werden. Für die Bürgerschaftswahl 2023 ist deshalb klar:
152 Wir wollen den Weg der LINKEN nicht nur politisch, sondern auch personell mit
153 Kristina Vogt und Claudia Bernhard an der Spitze weitergehen. Deshalb schlagen wir
154 der Aufstellungsversammlung im Wahlbereich Bremen vor, Kristina Vogt als
155 Spitzenkandidatin auf Platz eins und Claudia Bernhard auf Platz zwei für die Liste
156 zur Bürgerschaftswahl aufzustellen. Darüber hinaus schlagen wir vor, die
157 Fraktionsvorsitzenden Nelson Janßen und Sofia Leonidakis auf den Plätzen drei und
158 vier aufzustellen. Als Gesichter der LINKEN in der Bremischen Bürgerschaft stehen sie
159 ebenfalls für die LINKE und haben ebenfalls einen wichtigen Anteil daran, die linke
160 Regierungsbeteiligung erfolgreich zu gestalten.

161 Unsere Bürgerschaftsfraktionen der letzten Legislaturen hat sich nicht nur durch
162 wichtige personelle Kontinuität ausgezeichnet, sondern auch durch neue Impulse in
163 Form von neuen Abgeordneten. Wir streben an, dies fortzusetzen und unterstützen die
164 Bestrebungen des Jugendverbandes linksjugend [‘solid] einer Jugendkandidatur auf
165 einem der ersten zehn Plätze der Liste für den Wahlbereich Bremen. Für DIE LINKE ist
166 es wichtig, im Bürgerschaftswahlkampf gerade auch für junge Menschen eine
167 verständliche und attraktive Ansprache zu finden.

168 **Jetzt noch nicht schlappmachen!**

169 Auch wenn sich Legislaturperiode dem Ende nähert, steht noch viel an. Wir haben uns
170 für das letzte Jahr noch viel vorgenommen. Wir wollen angefangene Projekte zu Ende

171 bringen und aktuellen Herausforderungen weiterhin konsequente linke Politik der
172 sozialen Gerechtigkeit entgegensetzen.

173 Die aktuellen Preissteigerungen, sowohl im Energiesektor, aber auch bei Lebensmitteln
174 und anderen Dingen des Alltagsbedarfs stellen viele Menschen mit geringen Einkommen
175 vor existenzielle Nöte. Die Bundesregierung hat mit ihrem pauschalen Energiegeld
176 dabei viele Bevölkerungsgruppen vergessen. Rentner*innen und Studierende gehen
177 komplett leer aus und Bezieher*innen von Sozialleistungen können mit einer einmaligen
178 Zahlung von 100€ die steigenden Preise bei Weitem nicht ausgleichen. Anstatt mit der
179 Gießkanne, müssen zielgerichtet diejenigen besonders unterstützt werden, die relativ
180 zu dem ihnen verfügbaren Einkommen besonders stark von steigenden Preisen getroffen
181 werden! Auf der Bundesebene müssten die Regelsätze für Arbeitslosengeld II,
182 Altersgrundsicherung und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz deutlich
183 erhöht und Energiekosten außerhalb des Regelbedarfs in tatsächlicher Höhe gezahlt
184 werden. Wir werden uns als Teil der Regierung auf Bundesebene für diese Anpassungen
185 einsetzen. In Bremen wollen wir mit der SWB über die Einrichtung kostengünstiger
186 Energiekontingente für Leistungsempfänger*innen und Menschen mit geringem Einkommen
187 verhandeln. Derartige Energiekontingente können gewährleisten, dass für alle
188 Verbraucher*innen grundlegende Energiebedarfe bezahlbar gedeckt werden können.
189 Darüber hinaus stellt dies einen sozial gerechten Anreiz zum Energiesparen dar. In
190 dieser Krise darf niemand zurückgelassen werden!

191 In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass es möglich ist, gute öffentliche
192 Leistungen zur Verfügung zu stellen, wenn das Geld dafür vorhanden ist. Das zeitweise
193 größte Impfzentrum Deutschlands, die Tablets für Bremer Schüler*innen, Programme zur
194 Förderung der Bremer Kulturszene wären ohne den Bremen-Fonds nicht möglich gewesen.
195 Bremen wird aber nicht nur in der Corona-Pandemie vor große Herausforderungen
196 gestellt. Die Klimakrise, marode Schulen, der notwendige Ausbau der ÖPNV-
197 Infrastruktur zeigen deutlich, dass Investitionen dringend nötig sind. Die Ausnahme
198 von der Schuldenbremse für Klimaschutzinvestitionen muss noch in dieser Legislatur
199 gezogen werden. Sie muss auch für die soziale Abfederungen der Folgen der
200 Transformation genutzt werden können. Grundsätzlich ist für uns aber klar:
201 Investitionen in die Zukunft müssen grundsätzlich möglich sein. Langfristig ist es
202 dringend notwendig die Schuldenbremse in diesem Sinne zu reformieren!

203 Wir erwarten von der Landesregierung, zentrale Reformvorhaben aus dem
204 Koalitionsvertrag noch innerhalb dieser Legislaturperiode umzusetzen bzw. auf den Weg
205 zu bringen. Dazu gehören unter anderem:

- 206 • Der umlagefinanzierte Ausbildungsfonds;
- 207 • die Einrichtung eines Flächenfonds bzw. einer mit vorausschauendem Flächenankauf
208 beauftragten, kreditfähigen öffentlichen Gesellschaft;
- 209 • ein Landeswärmegesetz und eine neue Planung von Vorrangflächen für Windenergie,
210 entsprechend den Vorgaben der Enquete;
- 211 • der weitere Ausbau der Pflegeausbildung;
- 212 • das Bereitstellen zusätzlicher Mittel für die Verlängerung von Sozialbindungen,

- 213 um dem Ziel von 8.000 Sozialwohnungen (Bremen-Stadt) zumindest näher zu kommen;
- 214 • die stichtagsgebundene Altfallregelung, um Papierlosen eine stabile
215 Aufenthaltsperspektive zu eröffnen;
- 216 • die Sicherstellung eines ausreichenden Angebots von Möglichkeiten zum
217 Schwangerschaftsabbruch in beiden Kommunen durch eine entsprechende
218 landesrechtliche Grundlage.
- 219 Die Runden Tische zur Stadtstrecke und zu Oslebshausen haben wichtige Dialogprozesse
220 eröffnet. Sie konnten jedoch die strittigen Fragen zur Gestaltung der Deicherhöhung
221 bzw. zum Standort der Bahnwerkstatt nicht klären. Wir fordern daher, dass diese
222 strittigen Fragen durch unabhängige Expertise beantwortet und auf dieser Grundlage
223 politisch entschieden werden:
- 224 • Wir fordern die Beauftragung einer externen Machbarkeitsstudie zur Stadtstrecke,
225 um die im Gutachten der Bürgerinitiative vorgeschlagenen Alternativen auf ihre
226 Realisierbarkeit zu überprüfen und zu bewerten.
- 227 • Wir fordern eine unabhängige Prüfung von Alternativstandorten für die geplante
228 Bahnwerkstatt, einschließlich der Bewertung der rechtlichen Möglichkeiten,
229 ausgewiesene oder ehemalige Bahnflächen dafür heranzuziehen.
- 230 Ohne diese unabhängige Bewertung können die Konflikte nicht transparent und
231 überzeugend beendet werden.

Begründung

Leitantrag des Landesvorstandes

Antrag A 1: Stopp und Streichung der Sanktionen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) anschieben

Antragsteller/in:	Thorsten Schildt (Nord-West · Nr. 212), Britta Littke-Skiera (Nord-West · Nr. 209)
--------------------------	--

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft wird zusammen mit ihren
- 2 Koalitionspartnern vom Landesparteitag aufgefordert, sich für ein sofortiges Ende der
- 3 gegenwärtigen Sanktionspraxis von Menschen im Leistungsbezug einzusetzen.
- 4 Ebenso wird die Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft zusammen mit ihren
- 5 Koalitionspartnern vom Landesparteitag aufgefordert, sich auf Grundlage des GG
- 6 Artikel 1 und des GG Artikel 12 eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der
- 7 Sanktionen im Leistungsbezug und deren Streichung aus dem SGB anzuschreiben.

Begründung

Energiepreise steigen in einer erschreckenden Geschwindigkeit, schon jetzt kann ein großer Teil der Menschen mit geringen Einkommen die Kosten ihres Lebensunterhaltes nicht mehr aufbringen.

Nicht einmal zu den Tafeln können sie ausweichen, denn diese beklagen ein zu geringes Spendenaufkommen bei einer zugleich steigenden Anzahl an Bedürftigen.

Parallel dazu berichtet der Nachrichtensender ntv am 11.04.2022 auf seiner Webseite von steigenden Sanktionen gegen ALG II beziehende Menschen in Niedersachsen und Bremen.

Zwar sollten Sanktionen bis zum Ende des Jahres 2022 ausgesetzt werden, das gilt aber nicht, wenn „Leistungsberechtigte ohne wichtigen Grund nicht zu vereinbarten Terminen im Jobcenter erscheinen.“ Und diese öffnen nun nach und nach wieder.

Sanktionen sind nicht nur grundgesetzwidrig (GG, Artikel 1), sie sind auch kontraindiziert. Denn bei den sogenannten „vereinbarten Terminen“ handelt es sich mitnichten um eine beiderseitig getroffene Vereinbarung oder um eine Einladung. Vielmehr entsprechen sie Vorladungen, denn sie können nicht ohne weiteres abgelehnt werden.

Hier handelt es sich um tiefste angewandte schwarzer Pädagogik, mit deren Hilfe das stringente wie unmenschliche Vorgehen in den Jobcentern und Argen rationalisiert wird. Es wird zum Beispiel behauptet dass ohne Sanktionen viele nicht erreicht werden können. Das Gegenteil ist der Fall: Zermürbt und traumatisiert durch die permanente Androhung und Durchsetzung von Sanktionen tauchen viele Betroffene komplett ab, sind nicht mehr erreichbar, werden obdachlos. Sichtbar wird das an den hohen Zahlen an Obdachlosen seit der Einführung von Hartz IV.

Niemand ist gerne im Leistungsbezug, und der Anteil der Menschen, die tatsächlich nicht arbeiten wollen, ist verschwindend gering. ALG II beziehen überwiegend Menschen, die es aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen, des Alters oder anderer "Vermittlungshemmnisse" schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Es sind u.a. alleinerziehende Mütter und Väter, Menschen mit Behinderungen, chronischen Schmerzen und Erkrankungen, Sprach- oder Suchtproblemen, psychischen Erkrankungen wie z. B. Depressionen, mit Schulden und anderen erdrückenden Problemen.

Diese Menschen sind bereits mit der Einhaltung aufgezwungener Termine überfordert, nicht nur, weil sie sie „verschussseln“, sondern, weil sie dieses Ausmaß an struktureller Gewalt ihnen gegenüber nicht mehr ertragen können.

Nachdem Corona bedingt persönliche Termine kaum noch möglich waren, gehen nun wieder täglich leistungsbeziehende Menschen zitternd vor Angst in die Jobcenter und Argen, können nachts nicht mehr schlafen, bekommen Panikattacken. Jeder Gang zum Briefkasten wird zur Qual, Herzrasen und Magenkrämpfe stellen sich ein, wenn im Briefkasten ein beige-grauer Brief

entdeckt wird.

Denn für Menschen, die schon jetzt aufgrund der zu niedrigen Leistungssätze und inflationsbedingt kaum oder nicht mehr in der Lage sind, ihre laufenden Kosten zu tragen, führen Sanktionen zu einer weiteren Verschärfung ihrer prekären Lage. Strom- und Wassersperren drohen, die nicht nur potenziell gesundheitsgefährdend sind, sondern auch der Suche nach einem Arbeitsplatz entgegenstehen. Am Ende steht die Obdachlosigkeit.

Sanktionen stellen somit eine außergewöhnliche Härte dar, die seit dem Urteil vom 5. November 2019 durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu berücksichtigen ist.

Daher wird die Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft zusammen mit ihren Koalitionspartnern vom Landesparteitag aufgefordert, sich im Bremer Senat für ein sofortiges Ende der gegenwärtigen Sanktionspraxis einzusetzen, indem z.B. angesichts der hohen Inflationsrate die oben genannte Härtefallregelung Anwendung findet.

Darüber hinaus wird die Fraktion Die Linke in der Bremischen Bürgerschaft zusammen mit ihren Koalitionspartnern vom Landesparteitag aufgefordert, sich auf Grundlage des GG Artikel 1 (Unantastbarkeit der Würde des Menschen) und des GG Artikel 12 (Verbot von Zwangsarbeit) im Bremer Senat eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Sanktionen im Leistungsbezug und deren Streichung aus dem SGB anzuschließen.

Antrag A 2: Keine Zwangsmaßnahmen für Erwerbslose

Antragsteller/in:	Thorsten Schildt (Nord-West · Nr. 212), Britta Littke-Skiera (Nord-West · Nr. 209)
--------------------------	--

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Fraktion der Linken in der Bremischen Bürgerschaft wird vom Landesparteitag
- 2 aufgefordert, sich in der Bürgerschaft und im Bremer Senat für folgende
- 3 Umstrukturierung in der Arbeitsmarktpolitik einzusetzen: Weg von prekären
- 4 befristeten Beschäftigungsverhältnissen im Maßnahme- und Beschäftigungssektor hin
- 5 zur dringend erforderlichen Besetzung freier Arbeitsstellen z.B. in der Jugendhilfe,
- 6 der Flüchtlingshilfe, der Assistenz und Betreuung von Menschen mit Behinderungen, von
- 7 Familien, Frauen, Senior*innen und Kindern. Entsprechend sind diese Maßnahmen für
- 8 Erwerbslose zeitnah zu beenden

Begründung

Qualifizierte erwerbslose Menschen werden häufig in sinnlosen Maßnahmen geparkt. Das kann z.B. ein ein sich mehrmals wiederholendes Bewerbungstraining oder eine

Beschäftigungsmaßnahme sein, in der erwachsene Menschen Kindergartentätigkeiten wie z.B. Weihnachtskarten basteln oder Malen nach Zahlen verrichten müssen. Solche Maßnahmen dienen vor allem der Aufrechterhaltung des Abschreckungssystems „Hartz IV“, den Betroffenen dienen sie nicht.

Denn ein sehr großer Teil der in niedrigschwellige Maßnahmen gezwungenen sind Menschen mit multiplen Problemlagen. Sie leiden häufig unter schweren gesundheitlichen Einschränkungen und gravierender Armut. Aber wer mangels eines Bettes auf einer Matratze schlafen muss und deswegen unter Rückenschmerzen leidet, braucht keine Maßnahme, sondern ein Bett. Wer in einer hellhörigen Wohnung aufgrund des in die Wohnung dringenden Lärms abends nicht einschlafen kann, ist morgens übermüdet und schafft es nicht, um 07.00 Uhr zu Maßnahmenbeginn anwesend zu sein. Auch wer in einer kalten, schimmeligen Wohnung lebt und gesundheitliche Folgeschäden hat, wer Strom- oder Wassersperren erleiden muss, dem- oder derjenigen ist mit einer sogenannten Beschäftigungs- oder Weiterbildungsmaßnahme nicht wirklich geholfen. Zuerst müsste zumindest diesen Problemlagen abgeholfen werden.

Letztendlich stellt das Angebot von Maßnahmen für Erwerbslose spätestens mit dem Ende des Sanktionsmoratoriums wieder einen Zwang dar. Ein Zwang ist jedoch entwürdigend, er ist eine schwere narzisstische Kränkung – und Kränkungen machen krank.

In dauerhafte, unbefristete Arbeitsverhältnisse führen diese Maßnahmen nicht.

Eine Individualisierung der Betreuung von erwerbslosen Menschen und eine Beratung auf Augenhöhe, die die gravierenden Problemlagen der Betroffenen praktisch bekämpft und deren Grenzen und Ideen miteinbezieht muss an die Stelle des gegenwärtigen „Gießkannenprinzips“ treten. An die Stelle von Sanktionen muss echte Freiwilligkeit treten.

Auf der anderen Seite werden verzweifelt Arbeitskräfte zum Beispiel in der Betreuung von Jugendlichen, von Menschen mit Behinderungen oder von Geflüchteten gesucht. Arbeitskräfte, die dringend gebraucht werden und durch deren Fehlen die zwingend notwendige Betreuung der Betroffenen gefährdet ist.

Sozialarbeiter*innen, pädagogische Fachkräfte und Erzieher*innen leisten unter anderem Hilfen zur Aufrechterhaltung der selbstständigen Lebensführung bei älteren und gesundheitlich eingeschränkten Menschen. Sie sind in Frauenhäusern, in der Kinderbetreuung, in der Betreuung von Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen, in der Beratung von Mieter*innen oder bei Schwangerschaftskonflikten beschäftigt. Auch in der Beratung und Unterstützung bei Gewalt an Frauen, Männern oder queeren Menschen, in der Familienhilfe, Bewährungshilfe oder Wohnungslosenhilfe sind diese Fachkräfte tätig. Berufsfelder, in denen der Fachkräftemangel längst angekommen ist.

Aus diesen Gründen ist eine Umstrukturierung erforderlich, die ineffektive Zwangsmaßnahmen für Erwerbslose zeitnah auslaufen lässt und den Fokus auf die Tätigkeitsfelder richtet, in denen die unverzichtbare Beratung, Betreuung oder Versorgung der betroffenen Menschen nur noch stark

eingeschränkt stattfindet bzw. gefährdet ist.

Antrag A 3: LINKE Gesundheitspolitik sollte sich an den Patient*innen und nicht am Profit orientieren

Antragsteller/in: Peter Erlanson, Roman Fabian

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Tut sie das in Bremen? Steht der Mensch im Mittelpunkt?
- 2 **Leider Nein!**
- 3 Zwar hätten wir in Bremen den normalerweise unschlagbaren Vorteil eine
- 4 Gesundheitssenatorin aus den eigenen Reihen der *LINKEN* zu stellen - aber ist das
- 5 tatsächlich ein Vorteil für die Patient*innen und Beschäftigten in Bremen?
- 6 **Leider Nein! Im Gegenteil**
- 7 • Die LINKE Gesundheitssenatorin in Bremen steht für das Abbauziel
- 8 von 440 Vollkräften (= 700 Kolleg*innen) in den nächsten Jahren in der GeNo!
- 9 • Die LINKE Senatorin in Bremen steht für die ersatzlose Schließung der Pädiatrie,
- 10 der Geburtshilfe, der Gynäkologie und der Neonatologie auf der linken Weserseite
- 11 am Klinikum Links der Weser.
- 12 • Selbst die über die Landesgrenzen etablierte Palliativ Station im LdW soll an
- 13 das Klinikum Bremen Ost verlagert werden
- 14 • Nach einer Fortbestandsgarantie für das LdW gefragt, hat Sie sich nicht auf den
- 15 Bremer Koalitionsvertrag berufen (hier sind alle 4 kommunalen Standorte benannt)
- 16 und sich zum Klinikum Links der Weser und seinen Beschäftigten bekannt!

- 17 In der jüngsten Vergangenheit sind im Aufsichtsrat wieder alte Pläne aufgetaucht, mit
- 18 dem Ziel, die Chirurgie in Ost wieder einmal nach Mitte zu verlagern und damit auch
- 19 Ost wieder in Frage zu stellen. Ist das jetzt das Ende der Fahnenstange?!!
- 20 **Leider Nein! Im Gegenteil**
- 21 • Die LINKE Gesundheitssenatorin in Bremen steht mittlerweile auch
- 22 für die Abwicklung des LdW
- 23 Viele Menschen in der Region befürchten nun, dass nicht nur die hochwertigen
- 24 medizinischen Leistungen des LdW nicht mehr zur Verfügung stehen werden, sondern auch
- 25 die wohnortnahe Versorgung von 180.000 Einwohner*innen im Einzugsgebiet links der
- 26 Weser fehlen werden.
- 27 Unverständlich ist auch, dass gerade die Klinik abgewickelt werden soll, die als
- 28 einziges GeNo Krankenhaus bis heute schwarze Zahlen schreibt!

29 **Worum geht es eigentlich Senat und Senatorin?**

30 Vordergründig geht es um die Ertüchtigung des LdW durch drei Neubauvarianten mit
31 Kosten von 150 Mio.€ bis zu 250 Mio.€. und einer Bauzeit von mindestens 10-12 Jahren.
32 Leider haben die Koalitionäre von SPD, Grüne und LINKE dabei vergessen die
33 entsprechenden Mittel in den Haushalt einzustellen! Der Doppelhaushalt 2022/23
34 enthält daher weder Mittel für einen Neubau LdW noch für irgendein anderes Projekt
35 zur Ertüchtigung der kommunalen Kliniken. Zufall? Schludrigkeit? Oder Absicht?!

36 Dem Betriebsrat LdW wurden o.g. Fragen nicht beantwortet. Anfragen und Einladungen
37 wurden ignoriert, selbst die versammelten Beirat*innen wurden am Runden Tisch
38 „Zukunft für das Klinikum Links der Weser“ des Beirates Obervieland stehen gelassen.

39 **Selbst ist die Krankenschwester!**

40 Genervt von dieser Ignoranz haben sich Beschäftigte und Betriebsrat*innen auf gemacht
41 die Sache selbst in die Hände zu nehmen. Gesucht und gefunden wurde eine Klinik in
42 Herford, die nicht nur baugleich mit dem LdW ist, sondern auch eine *Sanierung im*
43 *Bestand* bereits hinter sich hat. Es wurde Kontakt zum dortigen Personalrat
44 aufgenommen und ein Besuch organisiert, die Sanierung also in real angeschaut. Dem
45 Betriebsrat ist es mittlerweile gelungen, eine Sanierungsvariante im Bestand nicht
46 nur zu eruieren, sondern auch politisch in die Diskussion zu bringen, so dass neben
47 den zwei Neubauvarianten, der Schließung und Verlagerung des LdW zum Klinikum Bremen
48 Mitte, eine weitere Sanierungsvariante (Herforder Modell) zur Prüfung vorliegt.
49 Auch ohne Prüfung von Neubauvarianten, die man eh nicht bezahlen kann, hat sich
50 herausgestellt, dass das Herforder Modell mit 60 bis 80 Mio.€ nicht nur die
51 günstigste, sondern mit 5 Jahren Bauzeit auch die schnellste Variante darstellt.

52 **Was macht die Senatorin? Ist sie hilfreich in diesem Prozess?**

53 **Nein, leider nein!**

54 Die Senatorin duckt sich weg, indem sie mit dem Finger auf den Grünen Finanzsenator
55 zeigt, der das Geld nicht rausrückt! Das mag sicher auf den ganzen Senat zutreffen,
56 doch wo bleiben die Auseinandersetzungen? Ist die Gesundheitssenatorin aufgesprungen
57 und hat lauthals geschrien, dass ihre Bereiche mehr Geld benötigen? Patient*innen
58 versorgt werden müssen und der Fachkräftemangel beseitigt werden muss???

59 Gerade in der Pandemie ist über deutlich geworden, dass das Gesundheitssystem nicht
60 kapitalistisch geführt werden kann. Es geht nicht um die Erwirtschaftung von
61 Investitionskosten! Es geht um die medizinisch-pflegerischen Bedarfe, die Menschen
62 wohnortnah gesund machen. Profite pflegen keine Patient*innen!

63 **Ist die Gesundheitssenatorin einsichtig?**

64 **Leider Nein!**

65 Diesmal sucht sie tatsächlich nach Geld! Doch wo? Bei den Schwächsten!!!

66 Es gibt nämlich im Krankenhaus Kolleg*innen in der Tochtergesellschaft „Gesundheit
67 Nord Dienstleistungen“ (GND) die sowieso im Niedriglohnsektor arbeiten. Die
68 Senatorin, die gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzende der Gesundheit Nord ist und die

69 Geschäftsführung GeNo wollen diese Kolleg*innen nun in einer Gesellschaft zusammen
70 fassen, um damit 30% ihres Lohns zu klauen. Laut Geschäftsführung sollen damit 6 bis
71 7 Mio.€ im Jahr und 63 Mio.€ in 11 Jahren gespart werden.

72 **Ist das LINKE Gesundheitspolitik? Als LINKER muss man sich mittlerweile schämen!!!**
73 **Vielleicht sollten andere Personen eingespart werden!**

74 **Der Parteitag beschließt für die Gesundheit Nord:**

75 Erhalt der vier kommunalen Kliniken Mitte, Ost, Nord und Links der Weser als
76 Krankenhäuser für die Menschen in den Stadtteilen und darüber hinaus
77 Kein Lohnraub von 30% durch Betriebsübergang der sog. Tertiärbereiche der Gesundheit
78 Nord an die Tochtergesellschaft Gesundheit Nord Dienstleistung
79 Keine weiteren Gutachten

80 **Der Parteitag beschließt für die Gesundheit Nord Dienstleistung:**

81 Auflösung dieser GeNo-Tochtergesellschaft als
82 Leiharbeits- und Tarif-Absenkungs-Gesellschaft.
83 Übernahme der Beschäftigten der GND zu TVÖD-Tarif-Bedingungen durch die Gesundheit
84 Nord.

85 **Der Parteitag beschließt für das Klinikum Links der Weser:**

86 Umgehend Planungsgelder für eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Herforder
87 Modells
88 (Sanierung des Klinikum Links der Weser im laufenden Betrieb)

89 Es braucht jetzt eine Entscheidung! Kein sterben auf Raten.
90 Wir sind immer noch mitten in einem Fachkräftemangel.
91 Fachkräfte bleiben und kommen nur an Krankenhäuser, die als Arbeitgeberin eine
92 Perspektive haben

Begründung

..

Antrag A 4: Die Waffen nieder! Statt immer mehr Waffen liefern

Antragsteller/in:

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Antimilitarismus Bremen,
Anke Maurer (Links der Weser · Nr. 403), Jürgen Willner (Mitte-
Ost · Nr. 372), Bettina Fenzel (Links der Weser · Nr. 401),
Wilfried Schartenberg (Links der Weser · Nr. 456), Manfred
Steglich, Olaf Zimmer (Links der Weser · Nr. 458), Andrea
Spangenberg (Links der Weser · Nr. 405), Wolfgang Karl

Hellborn, Lucie Horn (Links der Weser · Nr. 402), Irmgard Lücke, Günter Matthesen (Bremerhaven · Nr. 173), Roman Fabian, Hartmut Malyssek, Karin Scharfenort (Mitte-Ost · Nr. 309), Sebastian Rave (Mitte-Ost · Nr. 357), Sönke Hundt

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 DIE LINKE verurteilt den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russland in die Ukraine.
2 Dieser Einmarsch schafft unzähliges Leid und ist, wie jeder Krieg, durch nichts zu
3 rechtfertigen. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Die Verbrechen in diesem
4 Krieg auf allen Seiten müssen von einer unabhängigen Untersuchungskommission unter
5 Leitung der UN untersucht und geahndet werden. Es gilt alles zu tun, damit dieser
6 Krieg so schnell wie möglich beendet wird und die russischen Truppen abgezogen
7 werden.

8 Die Kriegsursachen sind allerdings nicht ohne seine Vorgeschichte zu verstehen.
9 Mitnichten gab es in den letzten Jahren eine "naive" Entspannungspolitik des Westens,
10 die mit zu diesem Krieg geführt hat, das genaue Gegenteil ist der Fall. Seit mehr als
11 20 Jahren betreiben die NATO-Staaten eine Politik der Spannung und Eskalation
12 gegenüber Russland, die durch das einseitige Aufkündigen von wichtigen Abrüstungs-
13 und Rüstungskontrollverträgen das nach dem Kalten Krieg entstandene Vertrauen in
14 Europa systematisch zerstört hat. Nach dem vom Westen unterstützten Putsch der
15 Regierung Janukowitsch in der Ukraine 2014 und die darauf folgende verfassungs-
16 widrige Sezession und völkerrechtswidrige Integration der Krim in den russischen
17 Staat, kam eine umfassende völkerrechtswidrige Sanktionspolitik gegen Russland dazu.
18 Der schwelende, ungelöste Bürgerkrieg im Donbass und die Nicht-Umsetzung des Minsker
19 Abkommens belasteten die Beziehungen mit Russland zusätzlich. Es wäre also nicht
20 weniger sondern mehr Entspannungspolitik von Nöten gewesen.

21 DIE LINKE bekräftigt ihre Auffassung, dass die NATO-Osterweiterung entgegen der
22 Zusagen des Westens gegenüber der Sowjetunion, die NATO nicht zu erweitern der
23 Ausgangspunkt für die gesamte Konfliktentwicklung imit Russland ist. Auch Papst
24 Franziskus thematisierte die immer weitergehender NATO-Osterweiterung unlängst als
25 das ‚Bellen der NATO vor Russlands Tor‘.
26 Wir fordern, dass die Politik der NATO-Osterweiterung sofort gestoppt wird, da diese
27 Politik nicht mehr Sicherheit, sondern nur geteilte Sicherheit und damit massive
28 Unsicherheit schafft, wie die Eskalation um die Ukraine deutlich beweist und deren
29 Eskalation in einem Nuklearkrieg münden kann. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit
30 in Europa bleibt ein zentrales friedenspolitisches Ziel für DIE LINKE.

31 Es ist erschreckend, dass die Ampel-Regierung den deutschen Waffenlieferungen in das
32 Kriegs-gebiet Ukraine Tür und Tor geöffnet. Erst hieß es, Waffen würden geliefert, um
33 den völkerrechts-widrigen Krieg Russlands durch die Stärkung der ukrainischen
34 Verteidigung und eine Verhandlungslösung zu beenden. Mittlerweile werden

35 Rüstungslieferungen in die Ukraine genehmigt, um den Krieg gegen Russland zu
36 gewinnen. Er wird dadurch auf unabsehbare Zeit verlängert. Durch die auch offiziell
37 verkündete neue Zielsetzung des Siegs über Russland wird deutlich, dass die US-
38 geführte NATO die Ukraine auch für ihren Krieg gegen Russland instrumentalisiert,
39 also einen Stellvertreterkrieg auf Kosten der Ukraine verfolgt. Im Krieg gibt es
40 keine Gewinner, sondern nur Verlierer. Deshalb gilt es nun durch ernsthafte
41 Verhandlungen mit auch in den Augen der Ukraine schmerzhaften Zugeständnissen, wie
42 den Verzicht auf die Einbindung in die euro-atlantischen Strukturen, einen
43 Verständigungsfrieden herbeizuführen und somit den Frieden zu gewinnen, nicht den
44 Krieg.

45 Die Bundesrepublik Deutschland steht in Verantwortung gegenüber allen Opfern des
46 faschistischen Vernichtungskriegs von 1941-45 in der Sowjetunion. Die Vorstellung,
47 dass deutsche Waffen heute das Töten zwischen Ukrainern und Russen befördern sollen,
48 ist unerträglich. Mit den Waffenlieferungen aus Deutschland fällt die letzte
49 friedenspolitische Maxime, die als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg und der Niederlage
50 des deutschen Faschismus und Militarismus erwachsen ist. Zum Stichwortgeber immer
51 neuer Rüstungsexporte wird ausgerechnet der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk,
52 der nicht nur ein glühender Verehrer des Nazikollaborateurs und Antisemiten Stepan
53 Bandera ist, sondern auch das faschistische Asow-Bataillon gegen Kritiker in Schutz
54 nimmt und ausdrücklich alle Russen zum Feind erklärt.

55 Zugleich will die Bundesregierung einen 100 Milliarden schweren kreditfinanzierten
56 Aufrüstungs-fonds auflegen, der auch noch im Grundgesetz verankert werden soll. Wir
57 sagen NEIN zu dieser Aufrüstungsverpflichtung mit Verfassungsrang. Damit würde das
58 sogenannte 2%-Aufrüstungsziel der NATO übererfüllt und Deutschland gemäß den
59 Militärausgaben mit rund 75 Mrd. € die größte Militärmacht in Europa – größer als
60 selbst Russland. Statt diesen Rüstungswahnsinn auf die Schiene zu setzen, fordern wir
61 einen Sonderfonds für massive Investitionen in sichere, erneuerbare und preiswerte
62 Energien. Abrüsten für soziale Sicherheit und Klimaschutz ist das Gebot der Stunde.

63 Durch die Lieferung schwerer Waffen und wie der Wissenschaftliche Dienst des
64 Bundestages explizit feststellt hat, durch Waffenlieferungen in Kombination mit der
65 Ausbildung ukrainischer Soldaten an diesen Waffen und der Beteiligung von deutschen
66 Kriegsfreiwilligen, genehmigt aus dem Innenministerium, wird Deutschland immer mehr
67 am Krieg in der Ukraine beteiligt. In der NATO gibt es bereits Pläne zur Entsendung
68 von NATO-Truppen in die Ukraine diskutiert und Forderungen nach einer direkten
69 Kriegsbeteiligung gegen Russland erhoben werden. DIE LINKE tritt dem Ansinnen
70 Deutschland an dem Krieg zu beteiligen scharf entgegen. Ein kriegerischer Konflikt
71 NATO-Russland hätte verheerende Folgen für Europa bis hin zu einem alles
72 vernichtender Atomkrieg.

73 DIE LINKE tritt allen Ansinnen entgegen Wirtschaftssanktionen, die die Bevölkerung in
74 Deutschland und Russland treffen, aufzulegen. Ein sofortiger Energieimportstopp würde

75 die Wirtschaft schwer schädigen und hätte den Verlust von Millionen von
76 Arbeitsplätzen zur Folge. Entsprechenden selbstzerstörerische Forderungen aus der
77 Ampel-Koalition und der Union sowie vielen Medienvertretern ist eine klare Absage zu
78 erteilen.

79 Wir stehen für Sanktionen gegen Oligarchen und konkrete Kriegsprofiteure. Um solchen
80 Sanktionen aber Glaubwürdigkeit zu verleihen, dürfen sie nicht nur im Fall Russland
81 angewandt werden, sondern müssen sich auch auf die Profiteure des Irak-, Syrien und
82 des Jemen-Krieges in den USA, der Türkei, den Golfstaaten beziehen.

83 Von Erich Maria Remarque stammt das Zitat: „Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen
84 den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die,
85 die nicht hingehen müssen.“ Nichts umschreibt die Haltung derer besser, die jetzt vom
86 Schreibtisch aus nach immer neuen Waffenlieferungen schreien, um den Krieg zu nähren
87 oder dem totalen Wirtschaftskrieg gegen die Bevölkerungen das Wort zu reden. In
88 Russland gehen mutige Menschen auf die Straße gegen den Krieg. Im Süden Europas, in
89 Italien und Griechenland, leisten Arbeiterinnen und Arbeiter Widerstand gegen den
90 Krieg und blockieren Waffenlieferungen in die Ukraine. Ebenso blockieren
91 ArbeiterInnen russische Militärtransporte in Belarus. Sie sind uns Beispiel und
92 Vorbild. Ihnen gilt unsere ganze Solidarität.

Begründung

...

Antrag A 5: Zeit zur Wende!

Antragsteller/in:	Andrea Spangenberg (Links der Weser · Nr. 405), Anke Jungclaus (Links der Weser · Nr. 408), Bettina Fenzel (Links der Weser · Nr. 401), Jürgen Willner (Mitte-Ost · Nr. 372), Manfred Steglich, Wilfried Schartenberg (Links der Weser · Nr. 456), AKL Bremen
--------------------------	---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Krisen des Kapitalismus schreiten weiter voran: Banken- und Staatsfinanzkrise,
- 2 Klima- und Umweltzerstörung; zuletzt die Pandemie, die gerade so pragmatisch
- 3 gehandelt werden konnte. Folgen sind Verarmung und Fluchtbewegungen in großen Teilen
- 4 der Welt.
- 5 **Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.**
- 6 Das ist eine Binsenweisheit, die sich jetzt wieder bestätigt: Seit Februar wütet der
- 7 zweite Krieg in Europa nach dem Weltkrieg Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Es geht
- 8 wieder um Machtsphären, Ausweitung und Sicherung der imperialistischen Mächte.

9 Materielle Werte, die zuvor durch Exploitation der menschlichen Arbeit und
10 natürlicher Ressourcen geschaffen wurden, werden zerstört. Menschen sterben.
11 Tägliches Leid für die direkt betroffenen Menschen führt zu deren Entwurzelung und
12 Vertreibung. - Jetzt hier zum zweiten Mal in Europa, wie vorher bereits in anderen
13 Regionen und Kontinenten. Immer mehr Menschen suchen Schutz und humanitäre Hilfe.
14 Waffenlieferungen in die Ukraine sind keine humanitäre Hilfe, sondern heizen die
15 Eskalation in einem Stellvertreterkrieg zwischen Russland und NATO-Verbündeten auf
16 Kosten von Menschenleben in der Ukraine an. Die fortlaufende Eskalation zwischen
17 Russland und der NATO ist ein wahrer Glücksfall für die Kriegsindustrie, die zu den
18 Hauptprofiteuren auch dieses Krieges gehört. Die Rüstungsbetriebe profitieren
19 bereits seit Jahren von den Konflikten im Jemen, in Kurdistan und anderen Regionen
20 der Welt, wo NATO-Staaten und ihre Verbündeten, auch mit deutschen Waffen,
21 Gräueltaten begehen.

22 Arbeitsplätze in diesen Industrien, die - auch hier in Bremen - vorhanden sind oder
23 neu geschaffen werden sollen, gehören nicht unter das Label „Gute Arbeit“.
24 Arbeitsplätze in diesen Industrien rauben materielle und humane Ressourcen, die an
25 anderer Stelle zur Entwicklung von klima- und umweltschonender Verfahren und
26 Produktionsprozesse dringend benötigt werden. Der bestehende Fachkräftemangel darf
27 nicht durch einen Kriegshaushalt von 100 Milliarden Euro und einer Steigerung der
28 Rüstungsausgaben für die Bundeswehr von über 2 Prozent des jährlichen
29 Bruttoinlandsprodukts verstärkt werden. Bereits die in den vergangenen Jahren auf
30 über 50 Milliarden Euro gesteigerten Ausgaben für die Aufrechterhaltung und den
31 Ausbau destruktiver, zur Zerstörung bestimmter Strukturen, müssen stattdessen
32 abgebaut werden.

33 **Es ist Zeit – zur – Wende!**

34 Die Genesis der Partei DIE LINKE steht in Opposition zu den bürgerlichen Parteien
35 und deren Bestreben, die periodischen nationalen ökonomischen Probleme der
36 kapitalistischen Produktionsweise mit den schwieriger werdenden
37 Verwertungsbedingungen auf die Masse der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen,
38 Kranken und Kleinrentner und des Klein-Bürgertums abzuwälzen. DIE LINKE war und ist
39 die einzige Partei, die der Politik der Umsetzung der AGENDA 2010 Widerstand
40 entgegensetzte. Das zweite Feld, zu dem DIE LINKE in Opposition zur herrschenden
41 Politik stand >>und steht<< waren der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf
42 Jugoslawien 1999 und das erst im vergangenen Jahr nach 20 Jahren, zu Ende gegangene
43 „Abenteuer“ in Afghanistan. Die Folgen dieser beiden Kriege sind allerdings bis heute
44 nicht beseitigt.

45 Bei den generellen Problemen, Tendenzen und Krisen des Kapitalismus hat sich seit dem
46 gescheiterten ersten Versuch eine Sozialistische Alternative zu entwickeln und zu
47 etablieren, in den eineinhalb Jahrzehnten des Bestehens der Partei DIE LINKE keine
48 Zeitenwende ergeben. Die Krisen haben sich extrem verschärft und teilweise, mit dem
49 Krieg in Europa und der zunehmenden Dramatik der Klimaveränderung einen anderen,
50 existenzielleren Charakter angenommen.

51 . . .

52 Beteiligte am Gründungsprozess der Partei DIE LINKE hatten das Bestreben und den
53 Wunsch, die gesamte gesellschaftspolitische Linke in ihrer schillernden und
54 kontroversen Komplexität soweit zu einen, dass sie zu einem signifikanten Faktor in
55 den von bürgerlichen Parteien dominierten Parlamenten wird. Dieses Bestreben kann
56 sich aber nicht nur auf die Spitzeninstitutionen der sogenannten „Gesellschaftlichen
57 Akteure“ [Gewerkschaften, Glaubensgemeinschaften, Wohlfahrtsverbänden usw.]
58 beschränken. Die Solidarität gegenüber bzw. Mitwirkung in progressiven
59 Bürgerbewegungen und Belegschaften gehört zum Selbstverständnis der Partei DIE LINKE.
60 Auftreten in Wahlkämpfen, gegebenenfalls mit inhaltsleeren Sprechblasen und Fähnchen,
61 trägt nicht zur Verankerung in solchen Bewegungen bei.

62 Der emanzipatorische Gehalt einer Bewegung orientiert sich an sozialen und
63 Menschenrechten selbstbestimmtem Leben, Freiheit von Repression und
64 gleichberechtigter Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Nur mit solchen
65 Bündnspartnern können wirkliche gesellschaftliche Veränderungsprozesse, mit dem Ziel
66 eines Sozialismus 2.0, angegangen werden .

67 DIE LINKE vertritt gegenüber Bewegungen und Initiativen zuerst die Haltung der
68 Partei, die ihre eigenen Entscheidungen selbstbewusst, ausgehend von ihrer
69 emanzipatorischen – internationalistischen – friedenspolitischen und
70 sozialpolitischen Identität und ihrem Programm, trifft.

71 Als derart verstandene politische Kraft ist der Kampf um und in den Gewerkschaften
72 ebenso zu führen wie in der Zivilgesellschaft.

73 Kämpfe um echte Reformen, die diesen Namen durch eine emanzipatorische Zielrichtung
74 und materielle Sicherheit auch verdienen, sollten Protest und Widerstand gegen die
75 herrschende Politik und über den Kapitalismus hinausweisend miteinander verbinden.
76 Dieser Anspruch wurde in der täglichen Arbeit der Partei und in Koalitionen mit den
77 bürgerlichen Parteien weitestgehend aus den Augen verloren. Auch an diesem Grund
78 gilt:

79 **Zeit – zur – Wende!**

80 Für die Politik der Partei DIE LINKE kann das in den kommenden Monaten und der
81 Zeit danach nur bedeuten:

82 Die hauptsächliche Ausrichtung der Politik auf Regierungsbeteiligung schadet der
83 Partei eher als sie nützt –

84 Das gilt vor allem, wenn diese die Grünen einschließt:

85 Mit der monotheistisch , oliv-grünen Kriegspartei kann es keine Völkerverständigung,
86 keine Aufnahme geflüchteter ohne doppelte Standards, keine Teilhabe prekär lebender
87 Menschen, keinen sozial-ökologischen Umbau und folglich keine Koalition geben.

88 Die von den Grünen angefeuerte und der Bundesregierung betriebene Sanktionspolitik
89 schadet auch hierzulande zunehmend vor allem Menschen mit geringem Einkommen, die
90 für die täglichen Bedarfe immer mehr bezahlen müssen und ihre Energierechnungen nicht
91 mehr begleichen können. Das geht mit der fatalen Lage auf dem Wohnungsmarkt und den
92 steigenden Mieten einher. Die materielle Lage vieler junger Menschen in Ausbildung
93 und Studium, sowie die nach wie vor prekäre Lage des Gesundheitssystems sind

- 94 Politikfelder, die dringend eines wirklich oppositionellen Ansatzes bedürfen.
95 „Fridays for Future“ reicht nicht: Wir benötigen sieben Tage für die Zukunft.
96 Dafür ist gerade die oliv-grüne Partei kein politischer Konkurrent! - Sie ist ein
97 Gegner und Feind jeder emanzipatorischen und sozialen Bewegung. Das hat sie mit
98 ihrer Politik in den vergangenen Monaten bewiesen. Für den kommenden Wahlkampf gilt
99 daher: Wir oder sie!
100 Schluss mit dem Reformismus als Richtschnur allen Denkens.

Begründung

.

Antrag A 6: Ein Jahr vor der Wahl: Mitglieder mobilisieren und motivierende Strukturen aufbauen!

Antragsteller/in:	Mara Sterra (Mitte-Ost · Nr. 310), Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 501), Klaas Anders (Linksjugend · Nr. 551), Doris Achelwilm (Nord-West · Nr. 201), Dariush Hassanpour (Mitte-Ost · Nr. 352), Tim Sültenfuß (Mitte-Ost)
--------------------------	---

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl, der Wahl der Stadtverordnetenversammlung in
2 Bremerhaven und der 22 Bremer Beiräte stehen wir vor der Aufgabe, ein gutes linkes
3 Wahlprogramm und eine überzeugende Kampagne für den Wahlkampf zu entwickeln. Dazu
4 gehört, uns als Landesverband darauf vorzubereiten, gemeinsam einen aktiven Wahlkampf
5 zu führen. Unsere Stärke in den letzten Wahlkämpfen - egal ob Bundestags- oder
6 Bürgerschaftswahl, war immer die hohe Aktivität vieler Genoss*innen in den
7 Kreisverbänden und Stadtteilen. Das wollen wir wieder schaffen und ausbauen! Wir
8 haben über 700 Mitglieder, die wir in den Wahlkampf einbinden wollen. Wir wollen,
9 dass die Belastung auf einzelne Genoss*innen verringert wird und wir kollektive
10 Momente für einen erfolgreichen Wahlkampf schaffen. Wir spüren immer noch die
11 Nachwirkungen der Umstellungen des Parteilebens durch die Corona-Pandemie. Deshalb
12 ist der Wahlkampf und die Vorbereitungen für diesen darüber hinaus auch eine Chance,
13 unseren Landesverband neu zu beleben, Begegnungen zu ermöglichen und Diskussionen
14 endlich wieder in Person zu führen.

15

16 **Wir wollen einen Wahlkampf führen, der...**

- 17 • von möglichst vielen getragen wird;
18 • viele persönliche Kontakte ermöglicht;
19 • direkte Ansprache durch niedrigschwellige Angebote schafft, z.B. Infostände,

20 Stadtteilveranstaltungen, flächendeckende Haustürgespräche;

- 21 • durch einladende Wahlkampf-Formate dafür sorgt, dass Mitglieder einfach
- 22 mitmachen können;
- 23 • transparent darüber informiert, was wo passiert und wie Einzelne mitmachen
- 24 können;
- 25 • Ressourcen schont: durch gute Koordination wollen wir unsere personellen und
- 26 materiellen Kapazitäten zielgerichtet einsetzen;
- 27 • von guten Absprachen geprägt ist: Der Wahlkampf auf der Straße findet in den
- 28 Kreisverbänden statt, trotzdem ist eine gute zentrale Koordinierung zwischen
- 29 Landes- und Kreisebene wichtig;
- 30 • Synergien zwischen Online- und Wahlkampf vor Ort nutzt und die Mitglieder in
- 31 beide Ebenen einbezieht.

32

33 **Um das zu erreichen, werden wir...**

- 34 • ...vor den Sommerferien Mapping-Workshops in den Kreisverbänden durchführen, um
- 35 sowohl die Strukturen der Stadt- und Ortsteile, als auch unsere eigenen
- 36 personellen Ressourcen ins Verhältnis zu setzen. Auf dieser Grundlage wollen wir
- 37 in den Kreisverbänden Aktionen im Wahlkampf planen und unsere lokalen
- 38 Wahlkampfteams strukturieren. Für personell "unterbesetzte" Stadtteile wollen
- 39 wir in Rücksprache mit dem betroffenen Kreisverband mehr Unterstützung
- 40 organisieren.
- 41 • ...im Herbst 2022 in einem informellen Rahmen unseren Wahlkampfauftakt feiern.
- 42 Dabei werden wir uns auf den kommenden Wahlkampf einstimmen, und einen Raum
- 43 schaffen, um andere Genoss*innen kennen zu lernen.
- 44 • ...im Herbst eine zentrale Aktion z.B. mit Infoständen oder Haustürgesprächen
- 45 organisieren.
- 46 • ...im Herbst eine Telefonaktion durchführen, bei der wir alle Mitglieder zum
- 47 Wahlkampfauftakt und den im Herbst stattfindenden Aktionen einladen.
- 48 • ...in den Kreisverbänden auf den Wahlkampf bezogene Aktiventreffen organisieren,
- 49 um eine Anlaufstelle für Menschen zu bieten, die sich in den Kreisverbänden
- 50 aktiv in den Wahlkampf einbringen wollen.
- 51 • ...ein Wahlkampfplenum des Landesverbands für alle Aktiven und Interessierten
- 52 anbieten. Das Wahlkampfplenum trifft sich alle 6 Wochen ab Oktober und ist ein
- 53 Ort für Informationsaustausch über aktuelle Planungsstände, z.B. Vorstellung der
- 54 Kampagne, Diskussion über Ideen und die aktuelle politische Situation während
- 55 des Wahlkampfs.
- 56 • ...ab Januar 2023 eine Wahlkampfzentrale einrichten, in dem Prozesse und
- 57 Informationen zentral zusammenlaufen. Hier können Mitglieder anrufen oder vorbei
- 58 kommen, wenn es Fragen zu Aktionen oder Kampagnen gibt, oder ein Vorhaben
- 59 bekannt machen.
- 60 • ...einen flächendeckenden Haustürwahlkampf organisieren, der Strukturen für

- 61 möglichst viele persönliche Kontakte in Bremen und Bremerhaven schafft.
62 Schulungsangebote und Gesprächsleitfäden werden für alle Interessierten
63 bereitgestellt. Regelmäßige landesweite Aktionstage sollen dafür sorgen, dass
64 wir den Haustürwahlkampf als ein entscheidendes Mittel strukturiert umsetzen kö
- 65 • ...die Wahlkampf-App der Bundespartei frühzeitig und gezielt einsetzen, um
66 Plakatierung, Steck-Aktionen und Infostände zu koordinieren. Wir werden Anfang
67 2023 eine Schulung für den Umgang mit der App anbieten, damit diese die
68 Koordination und Absprachen vereinfacht.
 - 69 • ...in allen Kreisverbänden die Durchführung von Stadtteilfesten in ihren
70 Kreisgebieten prüfen. Auf Landesebene wurde hierzu ein Orientierungspapier
71 erstellt und die Stadtteilfeste im Bundestagswahlkampf 2021 in Tenever und
72 Gröpelingen haben gezeigt, dass es wichtig ist und Spaß macht, gemeinsam in den
73 Stadtteilen in dieser Form präsent zu sein.
 - 74 • ...in den Kreisverbänden regelmäßige Infostände in den Stadtteilen etablieren.
75 Mitglieder sollen durch die Wahlkampf-App die Möglichkeit erhalten, auf kurzem
76 Weg alle anstehenden Infostände einzublicken und unterstützend dabei zu sein.
 - 77 • ... unsere Mitglieder auch für den Online-Wahlkampf zu Multiplikator*innen
78 ausbilden und aktiv mit einbeziehen. Dazu soll es Workshops der
79 Öffentlichkeitsredaktion geben.

Begründung

.

Antrag S 4: Satzungsdebatte strukturiert führen

Antragsteller/in:	Andreas Hein-Foge
-------------------	-------------------

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand richtet unter Einbeziehung von Vorschlägen der Kreisvorstände bis
- 2 spätestens Juli 2022 eine Satzungskommission ein.
- 3 Die vorliegenden Anträge zur Änderung der Landessatzung werden zur Beratung in diese
- 4 Satzungskommission überwiesen.
- 5 Diese Satzungskommission hat die Aufgabe, Änderungen der Landessatzung auf Grund
- 6 eingereicher Anträge und Vorschläge sowie auf Grund eigener Expertise dem
- 7 Landesparteitag vorzuschlagen. Die Arbeit der Kommission sollte im Herbst nach den
- 8 Bürgerschaftswahlen abgeschlossen sein, so dass im Frühjahr 2024 auf einem
- 9 Landesparteitag die Anträge diskutiert und abgestimmt werden können.

Begründung

Satzungsänderungen sind immer heikel. Zum Einen brauchen Sie eine große Mehrheit, die nicht immer einfach erreichbar ist. Zum Anderen befindet sich unsere Landessatzung im Rahmen der Bundessatzung und des Parteiengesetzes. Ein Bezugsrahmen, aus dem nicht ausgebrochen werden kann. Die Satzung ist immer wieder geändert worden und nach fast 15 Jahren können wir uns und sollten wir uns eine Revision der Satzung erlauben.

Antrag S 1: Satzungsänderung: Basisgruppen einfügen

Antragsteller/in:	Mina Rohlfing (Nord-West · Nr. 211), Klaas Anders (Linksjugend · Nr. 551), Sofia Heuser (Nord-West · Nr. 206), Charlotte Schmitz (Links der Weser · Nr. 404), Lennart Härtlein, Anna Fischer (Linksjugend · Nr. 501)
--------------------------	--

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Im Bereich "3. Die Gliederung der Partei" wird ein neuer Paragraph § 9 ergänzt:
- 2 „§ 9 Basisgruppen
- 3 (1) Basisgruppen können durch die Mitglieder frei gebildet werden.
- 4 (2) Basisgruppen können innerhalb eines Kreisverbandes bestehen
- 5 1. a) als Teile von Ortsverbänden,
- 6 2. b) als Teile von landesweiten Zusammenschlüssen,
- 7 3. c) als selbstständige überörtliche Gruppen von Mitgliedern.
- 8 Die Basisgruppen informieren den jeweiligen Kreisvorstand und den Vorstand des
- 9 Ortsverbandes entsprechend.
- 10 (3) Basisgruppen bestimmen selbstständig den politischen und organisatorischen
- 11 Beitrag, den sie zur Konzeption und Umsetzung von Politik der Partei und zur
- 12 Erhaltung und Weiterentwicklung von Mitglieder , Organisations- und
- 13 Kommunikationsstrukturen leisten.
- 14 (4) Basisgruppen entscheiden selbstständig über ihre Arbeitsweise und ihre innere
- 15 Struktur. Dabei müssen demokratische Prinzipien gewahrt werden.
- 16 (5) Basisgruppen haben ein umfassendes Vorschlagsrecht gegenüber den Ortsverbänden
- 17 und den Kreisverbänden, sowohl in Sachfragen als auch hinsichtlich der Vorbereitung
- 18 innerparteilicher und öffentlicher Wahlen.
- 19 (6) Basisgruppen erhalten im Rahmen der Finanzpläne der Kreisverbände die notwendigen
- 20 finanziellen Mittel für ihre Arbeit.“

Begründung

Unsere Partei lebt von der Arbeit einer aktiven Basis. Wir wollen Möglichkeiten auf niedriger Ebene schaffen, innerhalb unserer Partei Räume zu schaffen und zu gestalten. Basisgruppen sind bereits Teil unseres Landesverbandes, was wir begrüßen. Wir wollen diese durch Aufnahme in die Satzung stärken und Genoss*innen zu Zusammenschlüssen zu neuen Basisgruppen ermutigen.

Antrag S 2: Anzahl stellvertretende Landessprecher*innen

Antragsteller/in: Christoph Spehr (Mitte-Ost · Nr. 362)

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Landessatzung wird wie folgt geändert:
- 2 §14 „Zusammensetzung und Wahl des Landesvorstandes“, Absatz 2, wird wie folgt
- 3 geändert:
- 4 1. In „Der geschäftsführende Vorstand besteht aus vier Mitgliedern.“ wird „aus vier
- 5 Mitgliedern“ gestrichen.
- 6 2. Absatz 2 Buchstabe d) „einem/r stellvertretenden Landessprecher/in“ wird ersetzt
- 7 durch: „einem/r oder mehreren stellvertretenden Landessprecher/in/nen“
- 8 3. Nach „die vom Landesparteitag direkt gewählt werden.“ wird folgender Satz
- 9 ergänzt: „Die Anzahl der stellvertretenden Landessprecher/innen wird vom
- 10 Landesparteitag festgelegt.“

Begründung

Die vorgeschlagene Regelung entspricht in diesem Punkt dem, wie die Bundessatzung es bezüglich der Zusammensetzung des geschäftsführenden Parteivorstands handhabt.

Der Parteitag erhält so die Möglichkeit, jeweils bei der Wahl des Landesvorstands die Anzahl der Stellvertretenden Landessprecher:innen flexibel festzulegen.

Auf Bundesebene wird die Besetzung der stellvertretenden Parteivorsitzenden auch genutzt, um verschiedene Richtungen, Tendenzen, Strömungen und Arbeitsschwerpunkte im geschäftsführenden Vorstand abzubilden. Das kann ein wichtiger Beitrag zur Integration und Geschlossenheit in der Partei sein. Eine solche Möglichkeit fehlt uns auf Landesebene derzeit, da wir neben dem/der Landesschatzmeister:in nur eine Stellvertretungsposition zur Verfügung haben.

Der Parteitag kann jeweils auch entscheiden, dass es so bleibt wie es ist. Wichtig ist, dass er darin frei sein sollte, bei der Besetzung des geschäftsführenden Landesvorstands auf innerparteiliche Situationen und Konstellationen reagieren zu können.

Die Gesamtanzahl der Mitglieder des Landesvorstands ändert sich dadurch nicht.

Antrag S 3: Ladungsfrist Landesparteitag verkürzen

Antragsteller/in:	Kreisvorstand Nord-West, Dariush Hassanpour (Mitte-Ost · Nr. 352)
--------------------------	---

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Satzung der Partei DIE LINKE in Bremen wird wie folgt geändert:

2 In § 12 Abs 2 Satz 1 werden die Wörter „sechs Wochen“ durch „14 Tage“ ersetzt.

Satzung alt Satzung neu § 12 Einberufung und Arbeitsweise des Landesparteitages (2) Der Landesparteitag wird vom Landesvorstand mit einer Frist von sechs Wochen durch schriftliche (postalische oder elektronische) Einladung der Delegierten, aller Mitglieder der Partei, des Jugendverbandes und der anerkannten Zusammenschlüsse einberufen. Vorläufige Tagesordnung, Tagungsort und -zeitpunkt sind beizufügen. § 12 Einberufung und Arbeitsweise des Landesparteitages (2) Der Landesparteitag wird vom Landesvorstand mit einer Frist von 14 Tagen durch schriftliche (postalische oder elektronische) Einladung der Delegierten, aller Mitglieder der Partei, des Jugendverbandes und der anerkannten Zusammenschlüsse einberufen. Vorläufige Tagesordnung, Tagungsort und -zeitpunkt sind beizufügen.

Begründung

Begründung: In Zeiten der Pandemie aber auch darüber hinaus erweist sich eine sechswöchige Ladungsfrist als möglicherweise zu lang, um flexibel auf schnelle politische Entwicklungen reagieren zu können. Mit diesem Vorschlag wird ein Mittelweg gewählt, der nicht nur in Pandemiezeiten wichtig erscheint und die nötige Flexibilität zur Ladung von Parteitag mit dem Recht der Mitglieder auf zumutbare Vorbereitungszeit austarieren soll.

(Zum Vergleich: Grüne, CDU haben eine Ladungsfrist von 10 Tagen. Die Landesparteien SPD, FDP von 4 Wochen.)